



VAdM-Kurier

27. Ausgabe: Oktober 2021

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur
27. Ausgabe unseres
„VAdM-Kuriers“
im Oktober 2021

Inhalt:

editorial	Seite	1
Karlspreis an Klaus Johannis	Seite	1
VAdM-Mitgliederversammlung	Seite	1
Pressemitteilung: Gerechte Rentenregelung ist überfällig	Seite	2
Nachlese Bundestagswahl 2021	Seite	2
Afghanistan: Zankapfel zwischen Rußland und Britisch-Indien (Teil 3)	Seite	4
Die Reichsgründung 1871 (Teil 7)	Seite	5
Die Wolgadeutsche Republik 1920 (Teil 14)	Seite	7
Rudolf Hollinger: Die Feuerkrone (Fragment der Erstveröffentlichung von 1987)	Seite	9
Verschiedenes/Hoh(l)spiegel/Impressum	Seite	10

editorial

Die Wahl zum Deutschen Bundestag hat für einige mehr oder weniger große Überraschungen gesorgt: Bei einem Verlust von fast einem Fünftel der Wählerstimmen gibt es am Ergebnis der AfD nicht viel zu deuteln. Auch wenn die Wahlkampfthemen von den Medien vorgegeben wurden, wurde es versäumt, die realen Probleme der Gesellschaft – überwuchernde Bürokratisierung, Ausufernde öffentlicher Schulden, Migration, religiöser und ideologisch bedingter Extremismus, Schuldenunion etc. zu thematisieren.

Die von der Union eingefahrenen Verluste sind nicht nur dem Kanzlerkandidaten zuzuschreiben: Sechzehn Jahre Abbau konservativer und christlicher Werte, das Verdrängen dringender Reformen, das Grölen des bayerischen Löwen, eine gesetzeswidrige Bekämpfung der ‚Corona-Pandemie‘ trugen zu diesem schlechten Abschneiden bei.

Dadurch verlieren die Vertriebenen und Aussiedler einen Fürsprecher und die Landsmannschaften vermutlich auch die bisherigen Finanzzuschüsse: Der vollmundig angekündigte Fond für die Abmilderung von Härtefällen aus der Rentenüberleitung des Fremdrentengesetz wird das bleiben, was wir an dieser Stelle schon prognostiziert: Reines Wahlkampfgetöse. Von der sich abzeichnenden neuen Bundesregierung ist in dieser Richtung nichts zu erwarten: Diese muß erstmal ihre eigene Klientel bedienen.

Vadim Derksen

Herbert Karl

Klaus Johannis mit dem Internationalen Karlspreis ausgezeichnet

Mit einer coronabedingten Verspätung erhielt der rumänische Präsident, Klaus Johannis, am 2. Oktober den Karlspreis. Diese Auszeichnung bekam der Siebenbürger Sachse – wie die *Banater Post* vom 20. Oktober 2021 hervorhebt – „in Würdigung seiner herausragenden Verdienste als Streiter für die europäischen Werte, für Freiheit, Demokratie und als Brückenbauer zwischen Ost und West“, so die Begründung des Direktoriums des Karlspreises.

In seiner Dankesrede warnte Johannis „vor einem Kerneuropa“ und forderte eine vertiefte Integration der Mitgliedsstaaten in die EU an – womit er sich offensichtlich von den sogenannten Visegrád-Staaten, denen Rumänien nicht angehört, distanziert.

Auch solle die EU „widerstandsfähiger“ werden, so Johannis, besonders was die Herausforderungen durch Corona betrafte, in diesem Sinne mahnte er eine »Europäische Gesundheitspolitik« an.

Herbert Karl

VAdM-Mitgliederversammlung

Am Samstag, dem 23. Oktober 2021, fand in Breisach die 5. Ordentliche Mitgliederversammlung unseres Vereins statt.

In der Versammlung wurde der 2. VAdM-Vorstand entlastet und der 3. Vorstand gewählt.

In den neuen Vorstand wurden:
Vadim Derksen, Sprecher,
Herbert Karl, Sprecher,
Martina Kempf, stellvertr. Sprecherin,
Martin L. Schmidt, stellvertr. Sprecher,
Hardi Schummy, Schatzmeister,
Albert Breining, Beisitzer,
Andreas Friedrich, Beisitzer,
Thomas Hastreiter, Beisitzer, gewählt.

Die Versammlung war sich darüber einig, daß das Engagement der anderen Parteien für die Belange der Vertriebenen und Aussiedler zusehend nachläßt.

In den nächsten zwei Jahren will sich der neue Vorstand weiterhin verstärkt für diese beiden Gruppen in Deutschland einsetzen. Desgleichen soll der Kontakt zu den deutschen Minderheiten weltweit verstärkt werden.

+++ Pressemitteilung +++

Martin Louis Schmidt (AfD) zum 80. Jahrestag der Deportation der Russlanddeutschen: Gerechte Rentenregelung ist überfällig – Landesregierung muss Blockadehaltung aufgeben

Am 28. August jährt sich zum 80. Mal der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, der für 900.000 Russlanddeutsche die Deportation nach Sibirien und Kasachstan bedeutete. Nach Angaben des Deutschen Kulturforums östliches Europa verloren mindestens 150.000 Russlanddeutsche ihr Leben.

Wie die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der AfD-Fraktion „Deutsche Heimatvertriebene und (Spät-)Aussiedler in Rheinland-Pfalz heute“ (Drs. 17/12488) mitteilte, lebten nach den Ergebnissen des Mikrozensus im Jahr 2019 in Rheinland-Pfalz rund 153.000 (Spät-)Aussiedler sowie weitere 80.000 Personen als Nachkommen von mindestens einem Aussiedler-Elternteil. Überwiegend handelt es sich dabei um Deutsche aus Russland. Die Aussiedler leiden seit Jahrzehnten unter den Benachteiligungen durch das Fremdenrechtengesetz.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung sieht jedoch keinen Handlungsbedarf. So hat sie der Entschließung zur Neubewertung der rentenrechtlichen Vorgaben für Spätaussiedler in der 974. Sitzung des Bundesrates am 15. Februar 2019 nicht zugestimmt (Drs. 17/9032). Wie nun Sozialminister Alexander Schweitzer am 13. August 2021 erklärte, lehnt der Ministerrat auch eine Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz am Härtefallfonds des Bundes und der Länder zur Abmilderung von Härtefällen in der Rentenüberleitung sowie für Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge ab (Vorlage 18/341).

Dazu Martin Louis Schmidt, Sprecher für Heimatvertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz: „Eine gerechte Rentenregelung für unsere Landsleute, die in besonderem Maße unter den Kriegsfolgen litten, ist überfällig. Die rheinland-pfälzische Landesregierung entzieht sich in beschämender Weise ihrer Verantwortung. Ich fordere Ministerpräsidentin Dreyer auf, dafür zu sorgen, dass die Landesregierung ihre Blockadehaltung endlich aufgibt.“

Martin Louis Schmidt ist fachpolitischer Sprecher für Aussiedler, Vertriebene und deutsche Minderheiten der AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz.

Foto Martin Louis Schmidt: <http://www.afd-rlp-fraktion.de/die-fraktion> (Quelle: AfD RLP)

Mainz, den 26. August 2021

Nachlese Bundestagswahl 2021

Der *Cato* nimmt in seiner letzten Ausgabe (Oktober/November 2021) vordergründig den in jeder Hinsicht verkorksten Konkurrenzkampf bei der Wahl zum letzten Deutschen Bundestag auf: Den Parteien fiel – dank ihrer aller überwiegenden Unzulänglichkeiten – das entsprechende Ergebnis, das nun die berühmte Quadratur des Kreises bei der Regierungsbildung erfordert, auf die Füße. Nicht nur coronabedingt war der Wahlkampf nicht besser als das Ergebnis.

Der vierten Gewalt im Staate – der Medienmacht – gelang es, die unwesentlichen Themen, die von der Bundesrepublik nur sehr bedingt beeinflussbar sind: Klimawandel, Globalisierung etc. zu Metathemen hochzustilisieren:

„Über Politik, wie sie früher einmal Gegenstand leidenschaftlicher Debatten war, wurde nicht gesprochen – weder über die EZB, den Euro und die Enteignung der Sparer noch über eine europäische Schuldenunion und Deutschland als Zahlmeister, geschweige denn über Außen- und Sicherheitspolitik“ (Bruno Bandulet: Die deutsche Lösung, S. 19f.).

Selbst die Wirtschaftspolitik und die öffentlichen Finanzen wurden vor der Wahl allenfalls gestreift, dabei führt eine ideologisierte Umwelt- und Klima-Schutzpolitik in die unumkehrbare Deindustrialisierung Deutschlands und damit der gesamten EU. Von der Industrieproduktion, dem Handwerk und der Landwirtschaft hängen Millionen Arbeitsplätze ab. Die mit einer Hysterie um E-Antriebe sowie die Abhängigkeit von globalen – zumeist chinesischen – Zulieferern und die völlig unausgegorene *Energie-Wende* birgt „die Gefahr von Blackouts und reißenden Lieferketten“ (Andreas Lombard im Editorial: *Wider die Natur des Menschen*, S. 3).

(Fortsetzung von S. 2)

Zusammen mit dem sich abzeichnenden Energiehunger des E-Verkehrs und des Kommunikationsverhaltens hat man bereits vor Jahren den ‚Ausstieg‘ aus der Kohle eingeleitet; „daß China dabei ist, stillgelegte Kohlebergwerke wieder in Betrieb zu nehmen, und jedes Jahr mehr CO₂ zusätzlich ausstößt, als Deutschland insgesamt produziert“, wird einfach verdrängt. Entsprechend haben wir die weltweit höchsten Benzin- und Spritpreise (Bandulet, S. 19).

Das Debakel der Union ist nicht deren Kanzlerkandidaten zuzuschreiben; Armin Laschet verbleibt nur, den Scherbenhaufen von 16 Jahren verordnetem programmatischen Stillstand aufzusammeln. Hier ist der *Cato* eine einsame Erscheinung, der die wahren Ursachen anspricht: *Bereits* „Merkels Wahl zur Parteivorsitzenden [muß] als eine entscheidende Zäsur auf dem Weg in die totale Entpolitisierung“ gesehen werden. Das Bekenntnis Gerhard Schröders: »Wir gehen unseren deutschen Weg« wurde vom Gegenteil weggewischt: „Unter Merkel wurden die verbliebenen Restbestände eines politischen Bewußtseins abgeräumt [. . .] In Wahrheit war ihr Regierungsstil machiavellistisch und intransparent. Selbstlos war sie nur im Verzicht auf die Vertretung deutscher Interessen“ (Thorsten Hinz: *Ein Zug ins Blaue*, S. 14).

Auch die Gewaltenteilung, die den pluralistischen Rechtsstaat auszeichnet, war kein Thema im Wahlkampf; dagegen wurde

„das Phantom eines »Vierten Reiches« beschworen und der Gespensterkampf gegen die »Gefahr von rechts« ausgerufen. Schon vor dreißig Jahren zeichneten sich die Umrisse eines neuen Ideologiestaat ab, der seine Politik nicht an sachlichen Anforderungen und rationalen Gesichtspunkten, sondern an einer dogmatischen Weltanschauung ausrichten würde, einer Synthes von Antifaschismus und Humanitarismus, einer Ausweitung des vopolitischen, familienbezogenen Solidaritätskomplexes auf die Menschheit“ (Hinz, S. 14).

Abweichende Meinungen sind auch im politischen Alltag ungewollt und werden sogleich gehandelt: „Wer hierzulande wirklich oppositionelle Positionen vertritt, egal bei welchem Thema, wird eben umgehend zum Paria degradiert“ (Lombard, S. 3) . . .

Die Problematik *Rentengerechtigkeit* speziell für Aussiedler und Spätaussiedler ist hingegen auch für den letzten *Cato* kein Thema: Nach dem Abgang der Union verbleibt nur noch die AfD als deren Sachwalter.



Geschichte kontrovers

Afghanistan: Zankapfel zwischen Rußland und Britisch-Indien:

Britisches Bangen um Indien

Teil 3

Ein militärischer Druck auf Rußland in Europa durch eine von England unterstützte Macht hätte direkten Druck auf den indischen Pfeiler des Empire bedeutet. Erst recht nachdem – durch Frankreichs Niederlage 1870/71 beschleunigt – sich in Europa ein neuer Dreikaiserbund (mit Österreich-Ungarn und Preußen) zwischen 1872 und 1874 abzeichnete, mußte England um Indien bangen und reagieren. Die Balkanunruhen fanden Rußland diplomatisch und militärisch *nicht unvorbereitet* und die Erfolge gegenüber der Pforte bewiesen dies. Vor Konstantinopel stoppte die britische Flotte die endgültige Zerschlagung des Osmanischen Reiches, aber in Zentralasien konnte England nur *defensiv* handeln. War der britische Innenminister, Robert Gascoyn-Cecil Salisbury, Delegierter auf der Konferenz von Konstantinopel (Dezember 1876 – Januar 1877), damals noch bereit, mit dem hier ansässigen russischen Botschafter, Nikolai Pawlowitsch Ignatjew, das Reich der Osmanen für eine britisch-russische Einigung über Zentralasien aufzugeben (Gillard, S. 132), so hatten sich die Verhältnisse geändert: Das Vorgehen des britischen Premiers, Benjamin Disraeli, radikalisierte sich.

War beim späteren Erwerb Zyperns der Schutz Indiens das Ziel, so gab man sich in London keiner Illusion hin, daß der russische Weg nach Indien über Persien (Hoetzsch, S. 103) und Afghanistan führte. Im Friedensvertrag von Turkmantschai 1828 mit Persien hatte Rußland am Kaspischen Meer seine beherrschende Stellung untermauert; dies erfolgte auch unter der Form sogenannter „Kapitulationen“, die Fremden in Persien dessen Gerichtsbarkeit entzog. Aber auch hier drangen vom Süden her die Engländer vor: Persien wurde für beide Mächte eine „neutrale Zone“; damit auch ein Modell für Afghanistan.

Dennoch gab es auch hier genügend Konfliktstoff: Als Schah Nasr-ed-Din von den Russen angestiftet wurde, Herat, den afghanischen Schlüssel zu Indien, zu erobern, warf Großbritannien in einem entschlossenen Feldzug die Perser zurück und dieses mußte im Frieden vom 4. März 1857 Herat aufgeben und sein Desinteresse an Afghanistan bekunden (Hoetzsch, S. 104). Diesen Vertrag hingegen fand Rußland als äußerst störend und man freute sich insgeheim über die 'Mutiny', den Aufstand indigener Truppenteile in Indien im gleichen Jahr; allerdings konnte man diese Verunsicherung noch nicht ausnutzen, dazu stand man noch viel zu weit von Indien entfernt.

Der britisch-russische Gegensatz wurde, dank der russischen Aktivitäten und der britischen „masterly inaction“, ab 1865 immer größer; das britische Verhalten sollte sich erst durch die von dem Orientalisten und Autor des Buches *England und Rußland im Osten*, Henry Rawlinson, erzeugten *antirussischen* Stimmung ändern (Hoetzsch, S. 106). Dieser forderte, nicht erst beim Überschreiten des Oxus, sondern schon beim Erreichen der Linie Merw-Herat durch Rußland *eine britische militärische Intervention*. Rawlinsons Gegenspieler auf der russischen Seite, der Oberst und Militärgeograph Michail Iwanowitsch Wenjukow forderte, ohne aber dabei Indien zu erwähnen, das weitere russische Vordringen in Richtung Meer nach Süden.

In Rußland entwickelten sich solche Ideen sehr leidenschaftlich zu einer wahren Psychose, zu einem »zentralasiatischen Fieber«, insbesondere als man hier die Chiwaexpedition startete – eine solche Stimmung schlug dementsprechend auch auf die europäische „große“ Politik durch. Die Nervosität übertrug sich auf England, das um seinen zweiten Weltpeiler, Indien, zu bangen anging. Alarmierend war, daß Rußland in einem Vierteljahrhundert 700 Meilen nach Süden und 900 Meilen nach Südosten expandiert war.

Allerdings war, der englischen Innenpolitik entsprechend, die britische Front nicht geschlossen, reichte von einem „Fort mit Indien“ über die Verständigungsbereitschaft mit Rußland (Gladstone) zu den imperialen Vorkämpfern und der „Vorwärtspolitik“ eines „Greater Britain“ Dilkes. Exponenten letzterer wurden die indischen Generalgouverneure Richard Graf von Mayo (seit 1869) und insbesondere Lord Robert Bulwer-Lytton (seit 1876) und in der Londoner Zentrale der Premier Benjamin Disraeli (ab 1874) (Hoetzsch, S. 108).

Durch dieses beiderseitige Vorgehen bewegten sich die beiden Großmächte langsam aufeinander zu; kritisch wurde es, als die Engländer den Indus und die Russen den Oxus überschritten – dadurch geriet das „Tor nach Indien“, Afghanistan, in den Brennpunkt des Geschehens. England sah dieses, teils von einer iranischen und turko-mongolischen Bevölkerung bewohnte, Land als das *indische* Glacis an, das es auf jeden Fall zu verteidigen galt.

In diesem schwer zugänglichen, von jedwelchem auswärtigen Kultureinfluß abgeschlossenen Gebiet hatte das Empire bereits den verlustreichen ersten britisch-afghanischen Krieg geführt (1838-42) – im Frieden von 1857 mußte Persien die afghanische Unabhängigkeit anerkennen und vor allem Herat räumen. Dem Emir von Afghanistan, Dost Mohammed, hatte England sogar vertraglich Subsidien zugesichert. Allerdings brachen nach dessen Tod 1863 Thronstreitigkeiten aus.

An eine direkte Intervention Englands war nicht zu denken; dessen Politik war abwartend und unklar. Ein solches Lavieren gab aber dem russischen Vordringen Aufwind; diesem wollte England nach 1865 diplomatisch entgegenhalten: Mit einem Notenwechsel sollte versucht werden, die Gebietsansprüche einzugrenzen. Die russische Führung wollte eine solche diplomatische Lösung nicht, aber Zar Alexander II. erklärte, „seine Regierung habe keinen ehrgeizigen Plan in Zentralasien und sei ganz frei von Reserven oder Hintergedanken“ (Hoetzsch, S. 109). Das tatsächliche russische Vorrücken entlarvte aber solche Erklärungen als reine Lippenbekenntnisse; Folge: Englands Nervosität stieg und der neue Außenminister, George Villiers, Earl of Clarendon, regte 1869 an, Afghanistan zur 'neutralen Zone' zu erklären.

Alexander Michailowitsch Gortschakow antwortete darauf, dieses „Überbleibsel der Vergangenheit“ müßte „im Lichte unserer Epoche verschwinden“. England durch den ersten afghanischen Krieg sensibilisiert, wollte „eine feste Ordnung, die es nicht so sehr in die afghanischen Verhältnisse hineinzöge, aber Afghanistan unter seinem Einfluß beließe“. Rußland wollte hingegen eine »freie Hand« (Hoetzsch, S. 109); so wurden die ausgetauschten Noten *bewußt* von beiden Seiten unklar formuliert. Wurde allerdings *nur* Afghanistan als 'neutrale Zone' verstanden, dann mußte vor allem dessen Nordgrenze festgelegt werden.

Durch den Wechsel von Depeschen (Oktober 1872 bis Januar 1873) zwischen dem britischen Botschafter in St. Petersburg, Lord Augustus Loftus, und dem russischen Botschafter in London, Ernst Philipp Graf von Brunnow, kam ein *erstes* englisch-russisches Grenzabkommen über Afghanistan – ohne Konsultation des afghanischen Emirs – zustande. Entgegen dem Gutachten Konstantin Petrowitsch von Kaufmanns, mußte Rußland dabei auf die Nordostecke – Badakshan und Wachen – verzichten; dieser Landstreifen hätte es Rußland ermöglicht, direkt bis zum Hindukusch zu gelangen: Für Großbritannien ein Alptraum (Hoetzsch, S. 110). Durch ein Versehen wurde aber nicht der Quellfluß des Oxus, der Vachan-Darja, sondern der Pamir als Grenze eingezeichnet – damit fiel der Hauptteil des gleichnamigen Gebirgszuges an Rußland (Hoetzsch, S. 163, Anm. 34)

(Fortsetzung S. 5)

(Fortsetzung von S. 4)

War der Emir an diesem Tauziehen auch nicht beteiligt, so wurde sein Land „als »selbständig und unabhängig« bezeichnet“, somit von beiden Großmächten als Staat anerkannt, auch wenn es unter *indirektem* Einfluß der britischen Großmacht stehend betrachtet wurde; dieses übernahm aber keine Garantie, daß der Emir Frieden halten würde. Rußland betrachtete Afghanistan als außerhalb seiner Sphäre liegend, „aber man traute dem auch nicht absolut“ (Hoetzsch, S. 110). Eine solche wachsweiße Übereinkunft – zudem noch in Form eines bloßen Depeschenwechsels – unterlag *vielfältiger* Interpretation; es leistete vor allem dem Emir Vorschub, zwischen den beiden Großmächten zu laviere. Rußlands Teilzugeständnisse in der Festlegung der afghanischen Nordgrenze sind dadurch zu erklären, daß man eben plante, gegen Chiwa vorzugehen und hierfür den Rücken frei haben wollte.

Afghanistan war jedoch nicht die einzige Reibungsfläche zwischen Rußland und Großbritannien: Der Zerfall des Osmanischen Reiches und die Meerengenfrage lagen beiden Mächten noch am Herzen. Durch seine Vorwärtspolitik hatte Rußland im letzten Jahrzehnt vor der Krönung Victorias zur 'Kaiserin von Indien' in Zentralasien gepunktet. In London hatte sich das Duo Gladston-Granville durch meisterhaftes Zurückhalten stark defensiv verhalten. Wenn Michail Dmitrijewitsch Skobelew, der frisch gekürte Gouverneur von Fergana und General Kaufmann eine direkte Invasion Indiens planten, geschah dies mit Billigung der Zentrale im fernen St. Petersburg, hing aber auch mit der *Orientkrise* um das Osmanische Reich zusammen. Es zeigte aber auch eine Unterschätzung und Mißdeutung der afghanischen Verhältnisse, insbesondere der widrigen klimatischen Bedingungen und des ausgeprägten Freiheitswillens diverser Clans (Hoetzsch, S. 113).

Die russischen Planspiele einer Invasion Indiens entbehrten zwar einer gewissen Realität, heizten aber die russische Öffentlichkeit – erst recht nach der Reihe von diplomatischen Niederlagen von San Stefano bis zum Berliner Kongreß – auf. Den ersten Schritt des Skobelewplanes tat General Kaufmann, indem er General Nikolai Grigorewitsch Stoletow nach Kabul sandte, um Emir Sher Ali für ein Bündnis zu gewinnen; am 10. August 1878 erreichten die sieben Russen die afghanische Hauptstadt. Sie hatten auf Anweisung aus St. Petersburg gehandelt, auch wenn, der russische Botschafter in London, Pjotr Andrejewitsch Schuwalow, offensichtlich davon nicht informiert war (Hoetzsch, S. 114f.).

Diese diplomatisch unüberlegte, nicht fundiert vorbereitete Aktion, hatte immensen Folgen für die folgenden zwei Jahrzehnte: Hoetzsch: „Was Rußland hier tat, war die gefährlichste Art des Kolonialabenteuers, die es geben konnte“ (S. 115).

Der abgeschlossene „Schutzvertrag“ erwies sich als wertlos, auch wenn eine englische Mission Afghanistan *nicht* betreten durfte; zudem hat diese Aktion die Atmosphäre auf dem Berliner Kongreß, bei dessen Eröffnung diese Nachricht hineinplatzte, vergiftet. Nach dem russisch-türkischen Krieg 1877/78 änderte sich die Zielrichtung Rußlands erneut; diese verlagerte sich von Europa nach Asien – dem Kaukasus und Zentralasien zu; hier hatte der *türkische* Druck spürbar nachgelassen. Rußland erhielt zudem 1878 die Provinzen Kars, Ardahan und Batum zugesprochen. Im gleichen Jahr wird gegen die Abtretung Zyperns das Empire „Garant von Türkisch-Vorderasien im Kriegsfall“.

Weitreichende Folgen hatte das Vordringen Rußlands in Transkaukasien mit der Eroberung des größten Teils von Armenien; die Berliner Kongreßakte (Art. 61) legte der Pforte „die Verpflichtungen zu Schutz und Reform in der armenischen Frage“ auf, während England in der Zypernakte (Art. 1) in dieser Problematik „eine Art eigener Garantie dafür übernommen hatte“ (Hoetzsch, S. 102f.).

Literatur

Otto Hoetzsch: Russland in Asien. Geschichte einer Expansion, Stuttgart 1966.

(Fortsetzung folgt)

Herbert Karl

Die Reichsgründung 1871: Österreichisch-preußische Rivalität im Deutschen Bund und der Krimkrieg

Teil 7

Nach der Punktation von Olmütz nahm Preußen das Ringen um Gleichberechtigung im Deutschen Bund mit Österreich auf. Die Dresdner Ministerkonferenzen von Januar bis Mai 1851 zeigten den schier unüberwindbaren Gegensatz der beiden deutschen Großmächte auf: Weder konnte Preußen seine Gleichstellung mit Österreich erreichen, noch Österreich sein Siebzig-Millionen-Projekt durchsetzen; aber auch das österreichisch-mittelstaatliche Reformziel einer starken Bundesexekutive scheiterte. Österreich versuchte, den Bund mit einer wirksamen Exekutive an sich zu binden und unterstellte Preußen, daß dieses die „Herrschaft über Deutschland anstrebe“. Mit der Schaffung des Zollvereins kam Preußen allerdings diesem Ziel schon näher (Lutz, S. 390).

In dieser Pattsituation drohte Österreich bereits mit dem Austritt aus dem Deutschen Bund: Ob dies nur diplomatische Spielchen waren, sei dahingestellt; Fakt aber ist, daß Schwarzenberg, der österreichische Premier, auf die Unterstützung der anderen Großmächte – insbesondere Rußlands und Frankreichs – zählte und warnte vor einem drohenden Militärstaat unter preußischer Führung (Lutz, S. 391).

Auch wenn die Dresdner Konferenzen an der Paritätsfrage der beiden deutschen Großmächte scheiterten, wurden hier wichtige Punkte einer Bundesreform erörtert, so die Fragen einer zoll- und handelspolitischen Einigung, einer starken Bundesexekutive, in der Interessen der Mittelstaaten mit Preußen und Österreich austariert worden wären, die Eventualität einer Volksvertretung beim Bundestag, die Einrichtung eines Bundesgerichts etc. Die Verhandlungen scheiterten, denn Preußen befürchtete die von Österreich angestrebte „Unterwerfung unter eine »Superiorität in Deutschland«“ (Lutz, S. 392).

Die Verweigerung Österreichs der vollen Parität Preußens, die auch auf ein sogenanntes Alternat in der Führung der Geschäfte des Bundes hinauslief, begegnete Preußen mit der Forderung nach der Wiederherstellung des Bundestages. Der Generaladjutant des preußischen Königs, Leopold von Gerlach, sah in der österreichischen Forderung den Ursprung des *Paritätsstreites*. Preußen forderte Ende März 1851 die ehemaligen Mitglieder der Union auf, an der Frankfurter Versammlung wieder teilzunehmen (Lutz, S. 392). Damit war der Plan Österreichs, der Beitritt des Gesamtstaates der Habsburger zum Bund, durchkreuzt.

(Fortsetzung S. 6)

(Fortsetzung von S. 5)

Durch die Beilegung des Paritätsstreites rechnete Gerlach mit der Führungsrolle Preußens »an der Spitze des Deutschen Constitutionalismus und (wenn man es richtig auffaßt) des Freihandels gegen das absolutistische, nivellierende, centralisierende Österreich« (Lutz, S. 393). Der Abschluß eines geheimen *Schutz- und Trutzbündnisses* zwischen Preußen und Österreich (16. Mai 1851) zeigte dessen Ängste vor einem Wiederaufflammen revolutionärer Bestrebungen in der Donaumonarchie; ein erwogener Beitritt Rußlands scheiterte noch vorerst (Lutz, S. 394) . . .

Bismarcks Eintritt in die Bundespolitik eröffnete ihm sein Verständnis der österreichischen Politik; in einem Brief (4. Juli 1851/Becker, S. 71) an seinen Freund Hans von Kleist-Rentzow schrieb er:

„Die Österreicher sind und bleiben falsche Spieler; und ich glaube nicht, daß wir mit ihrem maßlosem Ehrgeiz und mit ihrer von jedem Rechtsbegriff baren inneren und äußeren Politik jemals zu einem aufrichtigen Bund mit ihnen gelangen: sie reservieren sich stets das (!) Löwenteil du führen die Einigkeit nur dann im Munde, wenn es ihre Zwecke oder die Vereitelung der unsrigen gilt; wenigstens so lange Schwarzenberg Minister ist, hoffe ich auf keine bessere Einsicht bei ihnen.«“

Noch kam es ihm auf einen ausgeglichenen, friedlichen Dualismus an, der es Preußen ermöglicht hätte, wesentlich mehr Einfluß in Norddeutschland zu gewinnen. Österreich bedürfe einer straffen Hegemonie im Bund, um seine „germanisierende Zentralisationspolitik“ voranzutreiben: Preußen stehe dieser im Wege. Dezember 1853 schrieb er an Gerlach:

„Mögen wir uns an die Wand drücken, wie wir wollen, ein deutsche Preußen von 17 Millionen bleibt immer zu dick, um Österreich soviel Spielraum zu lassen, als es erstrebt. Unsere Politik hat keinen anderen Exerzierplatz als Deutschland, schon unserer geographischen Verwachsenheit wegen, und gerade diesen glaubt Österreich dringend auch für sich zu gebrauchen; für beide ist kein Platz. Wir atmen einer dem anderen die Luft vor dem Munde fort, einer muß weichen oder von dem anderen gewichen werden, bis dahin müssen wir Gegner sein«“ (Becker, S. 72).

Zu seinem „Sichentfalten“ und zu der radikalen Neugestaltung Deutschlands durch den Druck der preußischen Waffen schienen dem preußischen Gesandten in Frankfurt die *europäischen* Kräfteverhältnisse während des Krimkrieges geeignet: In diesem Konflikt, dessen tiefere Ursache die russischen Bestrebungen nach einer Kontrolle der Meerengen – Dardanellen und Bosphorus – waren, aber ihren unmittelbaren Anlaß in einem Streit zwischen katholischen und orthodoxen Mönchen im Heiligen Land hatten, waren insbesondere *österreichische* Interessen auf dem Balkan betroffen.

Rußland besetzte im Juli 1853, um Druck auf das Osmanische Reich auszuüben, die Donaufürstentümer Moldau und Walachei. Wien gelang es, Berlin zu einem Bündnis zu bewegen, das die territoriale Integrität garantierte; die Mitglieder des Deutschen Bundes sollten diesem *Aprilbündnis* beitreten. Österreich mobilisierte sein Heer und forderte Rußland zum Rückzug aus den Donaufürstentümern auf; nach dem erfolgten Einlenken Rußlands besetzte Österreich die Fürstentümer selbst.

Dieses Vorpreschen Österreichs war nicht im Sinne der deutschen Verbündeten, noch weniger der englisch-französischen Allianz: Das Versprechen Österreichs, beim Nichteinlenken Rußlands der Allianz beizutreten und der Versuch, auch die Bundestruppen zu mobilisieren, führte zu einer Zuspitzung der innerdeutschen Spannungen. Durch die Intervention Bismarcks beschloß der Bundestag *nach allen Seiten kriegsbereit* zu sein. Dies war einer der ersten diplomatischen Erfolge Bismarcks.

Auch wenn dieser Neutralitätskurs nach außen in der neueren Geschichtsbetrachtung (Lenger, S. 265) als eine *Isolation* des Deutschen Bundes betrachtet wird, ist doch Fakt, daß die Mobilisierung des österreichischen Heeres und die Neutralität Preußens eine erhebliche Anzahl russischer Verbände band, die bei der Verteidigung der Krim fehlten und erzwang den russischen Rückzug aus den Donaufürstentümern (Mann, S. 531). Richtig ist aber auch, daß die Alliierten diesen Beitrag Deutschlands nicht honorierten: Vor allem Napoleon III. konnte auf dem Pariser Friedenskongreß – ab dem 25. Februar 1853 – als Sieger brillieren.

Der Krimkrieg, der offensichtliche Veränderungen im internationalen Machtgefüge brachte: „Europa, einmal aufgestört, kommt nicht wieder zur Ruhe, bis zum Frieden von Frankfurt (1871) oder dem Berliner Kongreß (1878)“ (Mann, S. 530). Er führte zu einem Umdenken Bismarcks, der nur in der Anwendung militärischer Mittel die Möglichkeit sah, die Umgestaltung Deutschlands voranzutreiben.

Wie der italienische Krieg (1859) berührte der Krimkrieg grundlegende österreichische Interessen; dies zwang den Deutschen Bund zu einer Stellungnahme, ob Wien in den nicht dem Bund zugehörigen Gebieten unterstützt werden sollte. In beiden Fällen lehnte Preußen einen entsprechenden Beistand ab: Dies offenbarte erneut – auch für die internationale Diplomatie – die Handlungsunfähigkeit des Bundes.

Literatur

Otto Becker: Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, Heidelberg 1958.

Golo Mann: Politische Entwicklung Europas und Amerikas 1815-1871, (Golo Mann (Hrsg.): Propyläen Weltgeschichte: Eine Universalgeschichte, Band 8), Berlin; Frankfurt a.M. 1991.

Friedrich Lenger: Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung (1849-1870er Jahre), (Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte, Band 15), Stuttgart 2003.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Die Wolgadeutschen 1920: Zwischen vermeintlicher Autonomie und Hungersnöten

Teil 15

Die letzte Requisition erfolgte an der Wolga im Dezember 1920; 500 bewaffnete Arbeiter der Tulaer »Ernährungstruppe« besetzten die deutschen Dörfer, aber die Getreideausbeute war mäßig: Hatten die Bauern z. B. aus Balzer vor dem Auftauchen der Truppe noch 40.000 Pud Getreide geliefert, wurde gerade einmal 150 Pud aus Verstecken beschlagnahmt, so stand es im Bericht eines hierfür eingesetzten Untersuchungsausschusses der Regierung. Auch hierbei inszenierte Erschießungen brachten kaum mehr versteckte Vorräte zum Vorschein (Dalos, S. 103).

Der Ausschuß deckte aber auch auf, daß die auferlegten Ablieferungsmengen die reale Ernte um das Achtfache überstieg. Mangelndes Saatgut führte dazu, daß 90% der Ackerflächen im Wolgagebiet *unbebaut* blieben, dies führte zu verstärkten Viehschlachtungen; dies betraf auch die russischen Dörfer wegen der anhaltenden Dürre. Unter der Führung eines ehemaligen Kreiskommandanten der Ernährungstruppen kam es zu Unruhen; die Aufständischen gaben sich den Namen »Armee der aufständischen, hungernden, unterdrückten Bauern«. Es begann eine richtige „»Pugaschowschina«, ein Bauernaufstand, der halb Aufruhr und halb Bandenkrieg war“ (Daloa, S. 104).

Die Beteiligung deutscher Bauern daran war gering, vielleicht auch deshalb, weil für diese eine allgemeine Hungersnot abzusehen war: Ende 1920 stand das gesamte Wolgagebiet am Rande der humanitären Katastrophe“ (Dalos, S. 104). Vielen war die Erinnerung an die Hungerjahre 1891/92 und 1911 noch wach. Die aktuelle Not wurde zudem durch den noch anhaltenden Bürgerkrieg, aber auch den Versuchen der Genossen aus dem Kreml verstärkt, die Weltrevolution nach Polen und Deutschland (März 1921) zu exportieren (Dalos, S. 105).

Auf Berichte aus dem Oktober 1920 hin, daß die hungernden Bauer sich mit Gras, Hunden und Katzen ernährten, fehlten der Zentralregierung einfach die Mittel zur Abhilfe: Im Juli 1921 waren bereits 75% der Bevölkerung von Hunger betroffen. Erst jetzt wurde seitens der Regierung – ähnlich wie dreißig Jahre davor – von einer »Missernte«, keineswegs von einer *Hungersnot* gesprochen (Dalos, S. 105). Weniger schlimm dagegen stellte sich die Lage im Ural, in Kasachstan und Westsibirien dar.

Noch bevor die sowjetische Regierung diese

„ganze Tragweite des Geschehens kannte, war sie bereits zu der Einsicht gelangt, dass sich das System der Zwangsablieferungen und Requisitionen, ja der ganze Kriegskommunismus auf die ursprüngliche Zielsetzung, die Versorgung der Front, höchst kontraproduktiv auswirkte. Der bewaffnete Terror trieb die Bauern in die Verzweiflung, spornte sie jedoch mitnichten zu höheren Produktionsleistungen an, und die Requirierung großer Getreidemengen, sogar noch des Saatguts, setzte endgültig einen Teufelskreis in Gang“ (Dalos, S. 105).

Die Versorgungskrise führte auch zu einer Krise im Handwerk und in der Industrie, hinzu lähmte die Verteufelung und Abschaffung des Handels; dies zog auch die Finanzwirtschaft in Mitleidenschaft: Nur die Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Methoden und die Besteuerung der Bauern über *Naturalabgaben* statt der Konfiszierung deren Produktionsüberschusses war die einzige Möglichkeit, der Krise Herr zu werden.

(Fortsetzung S. 8)

(Fortsetzung von S. 7)

In der Folge kam es „zu der ersten umfangreichen Korrektur der politischen Linie, natürlich unter Beibehaltung des Machtmonopols der Kommunistischen Partei“ (Dalos, S. 105f.). Auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands im Frühjahr 1921 wurde die »Neue Ökonomische Politik« (NÖP) verkündet; diese erlaubte die Gründung privater Firmen in der Versorgungsbranche und in der örtlichen Industrie, ermöglichte auch Konzessionen für ausländische Firmen sowie internationale Geldtransfers. Diese radikale Trendwende stieß auf „den erbitterten Widerstand der orthodoxen Apparatschiks, die in den Kriegskommunismus bereits die Morgenröte des wahren Kommunismus hineingeträumt hatten.“ Jene wollte man gewinnen, indem man die *Maßnahmen als temporär* darstellte und versicherte, das Machtmonopol der Bolschewiki und die „Kontrolle über die »Kommandohöhe« der Ökonomie“ wären nicht gefährdet. Wie der Friede von Brest-Litowsk handle es sich hierbei um ein bloße Atempause (Dalos, S. 106).

In diese vielversprechende „Aufbruchstimmung“ platzte die Nachricht über die Katastrophe an der Wolga. Bereits zum Sommeranfang wurde Lenin über diese Situation informiert und fühlte sich zum Handeln verpflichtet; zur Vorbereitung der Sitzung des Plenarbüros vom 9. Juli 1921 zeichnete er einen Lösungsweg auf:

„»Da der von Missernte und Hungerbetroffene Rayon ein Territorium mit 25 Millionen umfaßt – sollten wir da nicht neben revolutionärsten Maßnahme [eine Umschreibung für die Ausübung von Terror] eben aus diesem Rayon die Jugend in die Armee einberufen, in einer Menge von 500 000 Soldaten oder vielleicht sogar einer Million? Das Ziel: Einigermaßen der Bevölkerung zu helfen, denn wir ernähren dann einen Teil der Hungernden, und über die Entsendung des Brotes nach Hause können sie einigermaßen den Hunger lindern.«“ (Dalos, S. 106; er recurriert auf Gorkij: Unveröffentlichte Korrespondenz, Moskau 2000).

Diese von der Realität völlig abgehobenen Maßnahmen wurden schnell verworfen und vorgeschlagen, das Ausland um Hilfe anzufragen: „Das Sowjetland bat Regierungen der bourgeoisen Welt um Hilfe, appellierte mithin direkt oder indirekt an den Klassenfeind“ (Dalos, S. 106).

Der Schriftsteller Maxim Gorki schloß sich dieser Aktion umgehend an. Entsprechend seines weltweiten Bekanntheitsgrades und seiner freundschaftlichen Kontakten zu Lenin war er der beste Fürsprecher; in der Vergangenheit hatte er sich mehrfach für verfolgte und verarmte Künstler bei den Bolschewiki eingesetzt. In einer Radiobotschaft strahlte er schon am 10. Juli den Appell »An ehrliche Menschen« in alle Welt, aber insbesondere an seine internationalen Literaten – so H. G. Wells, Upton Sinclair, Anatole France und Gerhard Hauptmann –, aus. Letzterer, der sicherlich auch an seine in die Hunderttausende gehenden Landsleute dachte, reagierte umgehend: „»Die ganze zivilisierte Welt erhörte Ihren erschütternden Aufruf, erhörte ihn mit dem Herzen und wird ihn nicht unbeantwortet lassen.«“ (Dalos, S. 107f.).

Um die westliche Welt, aber auch die Russen im Exil zu erreichen, genehmigte das Machtzentrum der Bolschewiken – das Zentrale Exekutivkomitee – die Gründung eines »Allrussischen Gesellschaftlichen Komitees zur Hilfe für die Hungernden« (Pomgol); zu ihrem Ehrenvorsitzenden wurde der Schriftsteller und Altrevolutionär Wladimir Korolenko, ein scharfzüngiger Kritiker des Zarisismus wie auch der neuen Sowjetmacht, ernannt. Unter den Mitgliedern befanden sich u. a. auch bürgerliche Wissenschaftler und ehemalige zaristische Politiker sowie ein Minister aus der Zarenzeit.

Diese teils zivile Initiative stieß bei den sowjetischen Behörden auf Ablehnung, insbesondere eine geplante Auslandsreise von Komiteemitgliedern sorgte für die Ablehnung durch die Bürokraten. Am 27. August wurden die bürgerlichen Mitglieder des Komitees mit Frau Jekaterina Kuskova an der Spitze, der Seele des ganzen Projekts, von der Tscheka während einer Sitzung verhaftet. Wegen umstürzlerischer Absichten und wegen des Spionageverdachts drohte man ihnen mit der Todesstrafe. Aus Rücksicht auf das Ausland wurde diese Drohung fallengelassen, aber im nächsten Jahr wurden fast alle Mitglieder des Komitees des Landes verwiesen. Selbstredend wurde all dies von Lenin abgesehnet: Auf diese Weise umging man ausgefuchst „das öffentliche Betteln bei den Kapitalisten“ (Dalos, S. 108), was erst vier Jahre nach der Oktoberrevolution ein Offenbarungseid gewesen wäre.

(Fortsetzung folgt)

Herbert Karl

Rodolf Hollinger:

Die Feuerkrone

(Fragment)

Balog István

Warum denn ziehen wir gegen Türkenheiden,
wenn ärger Feind uns in dem Nacken sitzt?

Dózsa (zuckt zusammen)

Bei Gott, die Frage schreit wie ein Befehl
und Forderung der Ärmsten dieses Landes!
(Mit Betonung)

Der Kanzler kennt der Greuel schwere Last,
verübt den Herrn, von uns mit Mühe erduldet.
Er warnte, nicht zu viel Gerhör zu schenken
den Klagen, die das End' des Kriegs verstummt.
Ich hielt dagegen, daß die Bauern Menschen
und Unwürdiges nicht zu tragen willens
sind. Höher stehe jetzt das Wohl des Landes,
der Türke sei zu brechen und sein Drohen.
Denn – jetzt erhob er warnend seine Hand –
Woiwode sei von Siebenbürgen-Land
der Zapolya und seine knappen Dreissig
verblendet Ehrgeiz, sich aus unserm Streit
die Kron' des Stephanus mit List zu holen.
In zwei und siebenzig Burgen füttert er
zu raschem Schlag sehr tapfre, kampferprobte
Söldner und – erscheint die Stunde
gewogen ihm – greift er ins Spiel. So will
er in die Waage der Geschichte die Wucht
der eignen Eitelkeit dann schleudern,
vernichtend und den ungewarnten König.

Peter Barnabas (halb flüsternd)

Wenn einer König sein soll dieses Landes,
so sei's ein Mann, dem Volke zugetan
(sieht fest auf Daisa)

ein Mann, wie ich nur einen einz'gen kenne.

Dózsa (heiser)

Dir träumt. Versuche ihn nicht, diesen Mann!
Denn auch die Worte, in der Nacht geflüstert,
sie haben ihre Widerhaken und umstricken.
Ich liebe euch mit meinem starken Herzen.
Ein König löscht aus seinem Sinn die Liebe;
er muß dort bängen, wo ein anderer traut;
er muß verletzen, schneiden in das Fleisch,
wo es ihn schmerzt', wär' er ein niedrer Mann.
Und furchtbar wütet er nur sein einer Wille,
weil er die Willen aller ganz zerstört.
Der König trägt die Krone eines Landes
und ist die Dornenkrone seines Lands.
Versuche ihn nicht, der kein König sein will!
Ich bin ein Ritter, bereit zu treuem Dienst
dem König, euch und diesem guten Land.
Wenn aber einst mein Wort Gewicht, Gehör
im Volke hätte, wünschte ich mir Menschen,
die nichts entzweite, nicht Geblüt noch Habe.
Wie unser Herr einst arm und ohne Stand
die Menschen lehrend zog von Ort zu Ort
und vor dem Vater sie zu gleichen Kindern
mit gleichen Rechten sie zur Pflicht begabte,
so sollt' auch jetzt die Menschheit leben,
gleich und gleich und glücklich von der Kraft des Lands.

Peter Barnabas

Dies Wort geht jetzt schon in allen Landen,
die Bauern stecken es sich heimlich in der Nacht,
doch einmal wird es lodern wie im Brande,
und hell erglänzen wird des Tages Pracht.
Tu du ein Gleiches, wie dich Gott geheissen,
der Priester sagt es dir vor Gott, sein Sprecher.

Dózsa (erhebt sich mit steigender Stimme)

Muß ich die alte Ordnung der Welt
von frevlerischen Händen ganz zerstört,
in ihre gute Bahn nun wieder lenken?
Muß ich den Schutt von Hunderten von Jahren
mit heißem Atem von der Heimat haben?
Den Teufel in die Hölle rückwärts treiben?
(Er schweigt in Sinnen)
O schwere Pflicht, als Los mir auferlegt
und dennoch – süße Last für diese Menschen!
Ich will sie, muß ich sie auf mich noch nehmen.
Doch weil ich muß, so will ich sie erst recht.
(Um sich blickend)

*(Erstveröffentlichung: Horst Fassl; Josef Schmidt: An Donau und
Theiß, BanLM. 1987, S. 13ff.)*



Georg Dózsa

György Dózsa (ca. 1470 – 20. Juli 1514) war ein ungarischer Reiterführer aus dem siebenbürgischen Szeklerland. Vom ungarischen Kardinal Tamás Bakócz wurde er – konform der Bulle Papst Leo X. – mit der Aufstellung eines Heeres gegen die Osmanen beauftragt; dessen erheblicher Teil bestand aus Bauern. Dagegen wehrte sich die ungarischen Magnaten, denen die Leibeigenen davonliefen. Vor Temeswar wurde das Bauernheer geschlagen und Dózsa auf einem Feuerthron zu Tode gequält.

Das Drama von **Rudolf Hollinger**: Die Feuerkrone. Dózsas Kampf und Verklärung“ konnte im kommunistischen Rumänien – trotz der ‚revolutionären‘ Vereinnahmung des Helden durch das Regime nicht aufgeführt werden.

In einer weiteren Folge wird der mit Steinen besäte Weg des Autors, Hochschulprofessor, Dramatiker und Wissenschaftler beleuchtet werden.

(Bild: Umschlag einer späteren Ausgabe)

Herbert Karl

VAdM: Nachrichten und Vermischtes



Das ungrische Brot

Der Jakob aus Gertianosch war die Tag vor Gericht,
Das fragt ihn der Richter, warum er ungrisch nit spricht.
Wer ungrisch Brot esse, müsse ungrisch verstehen.
Der Jakob, der sagt drauf: „Jo, das isch recht schehn!“

Aber mehnr Herr Richta, i bin einsperrt nie gwest,
Han also bis heute ke ungrisch Brot gießt.
In unsra Gemeinde, da ischt jo ke Not,
Da eßt jeder Schwob sei eigenes Brot.

Arthur Korn

(Horst Fassl; Josef Schmidt: An Donau und Theiß, BanLM. 1987, S. 13ff.)

Aber mehnr Herr Richta, i bin einsperrt nie gwest,
Han also bis heute ke ungrisch Brot geßt.
In unsra Gemeinde, da ischt jo ke Not,
Da eßt jeder Schwob sei eigenes Brot.

Arthur Korn

(Horst Fassl; Josef Schmidt: An Donau und Theiß, BanLM. 1987, S. 41)

HOH(L)SPIEGEL:

Selbst-Kritik aber keine Selbstzweifel!

„Schließlich die AfD. Im Mittel kommt sie in Köln noch auf 5,97 Prozent. Insgesamt erreichten oder überstiegen ihre Ergebnisse 2017 noch in 12 Stadtteilen die 10-Prozent-Marke. Nun sind es nur noch zwei. Dies sind mit Abstand Finkenberg (13,12%) und Gremberghoven (10,77%), gefolgt vom Wahnheide (9,86%). Den niedrigsten Wert verzeichnet Langel (5,18%). 2017 war die AfD mit 24,81 Prozent im Wahlbezirk 71602 Bürgerzentrum Finkenberg noch die führende Partei vor CDU und SPD. Dies hat sich 2021 geändert. Nun liegt sie mit immer noch 20,56 Prozent hinter der SPD und der CDU“.

Quelle:

[Bundestagswahlen 2021 \(3\) – Ergebnisse nach Porzer Stadtteilen – porz erleben.de – Nachrichten aus Köln-Porz –](#)



VAdM-Stand am Landesparteitag
Baden-Württemberg
11-12. September 2021

Neuer bayerischer AfD-Landesvorsitzender: **Stephan Protschka**

<https://www.merkur.de>
Rechtsruck im Bayerns AfD: Protschka neuer Landeschef
Die AfD im Freistaat hat einen neuen Landesvorstand. Der Parteitag wählte den Niederbayerin Stephan Protschka an dessen Spitze. Nicht nur er dürfte den zerstrittenen Landesverband weit...

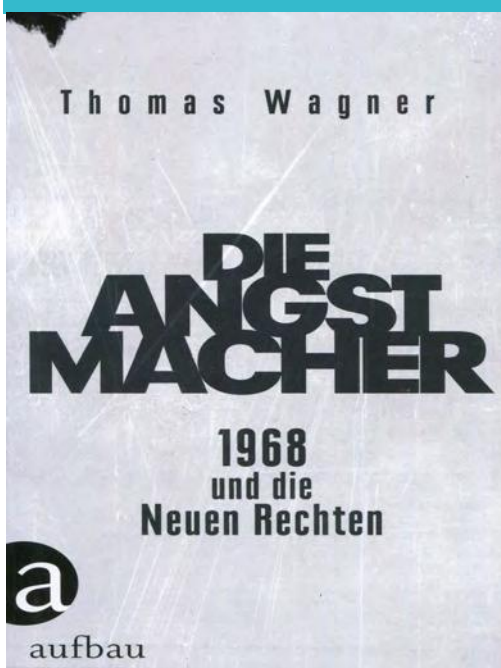


Bildnachweis:

Alle Bilder und Graphiken stammen aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Buchempfehlung



Weinempfehlung



Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de